Ressort: Auto/Motor

Grüne wollen Mindestquote für Elektroauto-Ladesäulen

Berlin, 18.01.2019, 15:58 Uhr

GDN - Der zögerliche Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos soll durch strengere staatliche Vorgaben und eine stärkere öffentliche Förderung beschleunigt werden. So solle die Bundesregierung nach dem Willen der Grünen unter anderem eine ambitionierte "Mindestquote" von Ladepunkten an Stellplätzen von neuen oder sanierten Gebäuden festlegen, berichtet der "Tagesspiegel" (Samstagsausgabe) unter Berufung auf einen Antrag der Grünen-Bundestagsfraktion.

Eine entsprechende EU-Richtlinie zum Ausbau der privaten Ladeinfrastruktur greife hier zu kurz und müsse im nationalen Rahmen nach geschärft werden. Die Grünen versprechen sich von einer Quote und der Reform des Miet- und Wohneigentumsrechts, mit der die Installation privater Ladepunkte erleichtert würde, eine raschere Verbreitung der Elektromobilität. Zusätzlich müsse das Förderprogramm für die öffentliche Ladeinfrastruktur finanziell aufgestockt werden, wenn das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel - 100.000 Ladepunkte bis 2020 - erreicht werden solle, berichtet die Zeitung weiter. Die Bundesregierung stellt für die Förderung bislang 300 Millionen Euro von 2017 bis 2020 bereit. Unterstützt werden sowohl private Investoren als auch Städte und Gemeinden. Um das Chaos von verschiedenen Abrechnungssystemen, Karten und Tarifen zu beenden, fordern die Grünen außerdem "einheitliche Standards für das E-Roaming", berichtet die Zeitung weiter. "In diesem Jahr braucht die Elektromobilität endlich neuen Schub, um auf die Überholspur zu kommen", sagte Stephan Kühn, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, dem "Tagesspiegel". 2019 müsse die Bundesregierung beweisen, dass sie es ernst meine mit der abgasfreien Mobilität. "Verkehrsminister Scheuer ist gut beraten, unser grünes Maßnahmenpaket zur politischen Richtschnur zu machen", so Kühn weiter. Im Antrag der Grünen-Bundestagsfraktion werde auch die Umwelt- und Sozialbedingungen bei der Produktion von Batterien und Elektrofahrzeugen aufgegriffen - etwa beim Rohstoffabbau oder Recycling. "Die Bundesregierung hat es versäumt, bei den Unternehmen der Automobil- und Zulieferindustrie Verbesserungen durchzusetzen", heißt es. Die Grünen forderten einen Gesetzentwurf über "verbindliche unternehmerische Sorgfaltspflichten" unter anderem beim Menschenrechtsschutz in internationalen Lieferketten, berichtet die Zeitung.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-118643/gruene-wollen-mindestquote-fuer-elektroauto-ladesaeulen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619